(2) Im übrigen gelten § 1 Abs. 3 und die §§ 3 bis 6 entsprechend.

§ 9

Anwendung der Regelungen für Güter auf andere Betriebe der Landwirtschaft

Der § 1 Abs. 3 und die §§ 3 bis 6 gelten entsprechend für die Überführung der volkseigenen Gestüte, Pferdezuchtdirektionen

und Rennbetriebe sowie für volkseigene Betriebe des Kombines Industrielle Tierproduktion, deren Umwandlung in Kapitalgesellschaften nicht vorgesehen ist, in das Eigentum der Länder oder Kommunen.

§ 10

Schlußbestimmungen

Dieses Gesetz tritt am 22. Juli 1990 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am zweiundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zweiundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunzig

Die Präsidentin der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
B e r g m a n n - P o h l

Gesetz

über die Übertragung des Eigentums und die Verpachtung volkseigener landwirtschaftlich genutzter Grundstücke an Genossenschaften, Genossenschaftsmitglieder und andere Bürger

vom 22. Juli 1990

§ 1

(1) Dieses Gesetz regelt in Übereinstimmung mit § 1 Abs. 6 des Treuhandgesetzes den Verkauf, die Verpachtung und anderweitige Verwertung (nachfolgend Verwertung genannt) von volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen (Grundstücke), die sich im Besitz von Genossenschaften oder Einzelpersonen befinden. Den Genossenschaften gleichgestellt sind die durch sie gegründeten Unternehmen.

(2) Dieses Gesetz regelt auch die Verwertung von sonstigem volkseigenem Vermögen in der Land- und Forstwirtschaft. Das sind insbesondere:

- land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienende bebaute Grundstücke sowie rechtlich selbständige Gebäude im Besitz von Genossenschaften und Einzelpersonen;
- Rückgabeflächen des Bergbaus, soweit sie zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung vorgesehen sind;
- Grundstücke sowie land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienende bebaute Grundstücke oder rechtlich selbständige Gebäude und anderes Vermögen, die durch Strukturveränderungen aus dem Besitz von volkseigenen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft herausgelöst werden.

§ 2

(1) Von den Regelungen dieses Gesetzes sind Grundstücke und sonstiges Vermögen ausgenommen, die Eigentum der Republik, der Länder und Kommunen oder von Kapitalgesellschaften in der Land- und Forstwirtschaft sind oder werden.

(2) Von der Verwertung sind weiterhin ausgenommen:

- Grundstücke und sonstiges Vermögen, die mit der Trennung der Pflanzen- und Tierproduktion von VEG an Genossenschaften übergeben wurden und deren Rückführung zur Schaffung von Gütern notwendig ist;
- Grundstücke, die benötigt werden, um durch Tausch die Rechte von Mitgliedern von Genossenschaften und anderen Eigentümern zu gewährleisten, deren Grundstücke in Ausübung des Nutzungsrechts der Genossenschaften

und Betriebe Dritten zur Bebauung oder zu anderen grundsätzlich auf Dauer gerichteten Bewirtschaftungsarten übergeben wurden.

§ 3

Die Erfassung und Verwertung der Grundstücke und des sonstigen Vermögens gemäß § 1 (nachfolgend Grundstücke genannt) erfolgt durch die Treuhand Land- und Forstwirtschaft (nachfolgend Treuhand genannt).

§ 4

(1) Grundstücke können durch die Treuhand an Genossenschaften, Genossenschaftsmitglieder und andere Bürger verpachtet oder verkauft werden oder anderweitig verwertet werden.

(2) Grundstücke können durch die Treuhand nur verkauft werden, wenn ihr Status als Volkseigentum zweifelsfrei feststeht, insbesondere ehemalige Bodenreformgrundstücke, die als staatliches Eigentum registriert wurden.

(3) Bis zur Gründung der Treuhand wird der Verkauf durch die Landratsämter bzw. Kreisverwaltungen oder Verwaltungen kreisfreier Städte auf der Grundlage von Vorverträgen organisiert. Die Kaufverträge hierzu werden noch 1990 durch die Treuhand abgeschlossen. Die Bezahlung erfolgt zum Vertragsabschluß mit der Treuhand.

(4) Für Nutzungsartenänderungen, den Grundstückserwerb und die Nutzung für gewerbliche Zwecke gelten die speziellen Rechtsvorschriften.

(5) Für die Verpachtung gelten die §§ 581 bis 597 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechts vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2065) — Sonderdruck Nr. 1452 des Gesetzblattes, in Kraft gesetzt durch § 52 Abs. 1 des Landwirtschafts- anpassungsgesetzes vom 29. Juni 1990 (GBl. I Nr. 42 S. 642).

§ 5

(1) Genossenschaften, Genossenschaftsmitgliedern und anderen Bürgern steht an den von ihnen genutzten Grundstücken ein Vorkaufsrecht zu, wenn sie auf dem Grundstück Gebäude oder Anlagen errichtet oder Anpflanzungen vorgenommen haben und kraft Gesetzes daran selbständige Eigentumsrechte erworben haben.

(2) Das Vorkaufsrecht gemäß Abs. 1 hat Vorrang vor allen anderen gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Vorkaufsrechten. Wird ein Vorkaufsrecht gemäß Abs. 1 ausgeübt, erlöschen